

**Haushaltsrede der CDU-Fraktion  
zur Verabschiedung des Haushalts 2016  
in der Ratssitzung am 14.03.2016**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Mit der heutigen Verabschiedung des Haushalts 2016 gehen Haushaltsberatungen zu Ende, die vergleichsweise unspektakulär verlaufen sind. Wäre da nicht die Vision des Bürgermeisters in seiner Haushaltsrede von einem zweiten Rathaus gewesen, hätte es vielleicht an einer Schlagzeile in den Zeitungen gefehlt. Begriffe wie „Haushaltslücke“, „Unterdeckung“, „Gewerbesteuerausfälle“ füllen keine Überschriften mehr. Diese Schlagwörter offenbaren offensichtlich nichts Neues. Auch in den Ausschüssen haben zum wiederholten Male keine wirklichen Haushaltsberatungen stattgefunden. Ging auch nicht, denn die CDU-Fraktion war offensichtlich die einzige Fraktion, die ihre internen Beratungen rechtzeitig vor Beginn der Ausschussberatungen abgeschlossen hatte.

Ein Ignorieren von öffentlichen fachlichen Beratungen entspricht nicht unserem Verständnis von politischer Willensbildung, von transparenter und bürgernaher Politik.

Dabei hat es der Haushalt nicht verdient, als reine Fortschreibung abgestempelt zu werden oder in der Aussage auf ein zweites Rathaus beschränkt zu werden.

Die CDU-Fraktion bekennt sich zum Haushalt in der vorliegenden Fassung,

- weil er die notwendigen Mittel bereitstellt, um sich den großen Herausforderungen des laufenden Jahres stellen zu können,
- weil er Raum für notwendige Investitionen schafft,
- weil er richtigerweise die Haushaltsansätze der letzten Jahre fortschreibt und damit die Voraussetzungen schafft, auch in diesem Jahr am vertrauten Standard festhalten zu können,
- weil er andererseits aber auch die Notwendigkeit einer Konsolidierung unterstreicht.

Zu den großen Herausforderungen des laufenden Jahres gehören nach unserer Auffassung neben der Flüchtlingsproblematik die Schaffung von Wohnraum und die Sanierung der öffentlichen Gebäude, vorzugsweise der Schulen.

Wir lassen keinen Zweifel daran, dass wir uns nach Kräften bemühen müssen und auch werden, den uns zugewiesenen Flüchtlingen nicht nur ein Obdach, sondern auch ein Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit zu geben.

Wir legen großen Wert darauf, dass die Menschen in Festunterkünften untergebracht werden, in denen zumindest ein Mindestmaß an Intimsphäre gewährleistet wird. Bislang ist uns das gelungen.

Wir wissen aber auch, dass die kommunalen Möglichkeiten nicht unendlich sind. Wir stoßen an Grenzen, sächlich wie auch personell, wenn wir diesen Standard halten wollen.

Wir danken an dieser Stelle noch einmal nachdrücklich den vielen ehrenamtlichen Kräften, den Vereinen und Verbänden für ihr unermüdliches sehr vielfältiges Engagement. Das Ehrenamt darf aber auch nicht überfordert werden.

Wir appellieren daher an Land und Bund, ausreichende finanzielle Hilfen zu gewähren und diese ungekürzt und sofort an die Kommunen weiterzuleiten. Sie sind zwar bereits deutlich gestiegen, aber bei weitem nicht kostendeckend, insbesondere dann nicht, wenn wir Maßnahmen zur Integration entwickeln und anbieten müssen und auch wollen.

Trotz aller Maßnahmen werden wir den Flüchtlingen aber nicht ihre Heimat ersetzen können.

Wir appellieren daher an den Bund, sich mit aller Kraft für die Bewältigung der Ursachen der Flüchtlingsströme einzusetzen und den zu uns gekommenen Menschen eine Chance zu eröffnen, in ihre Heimat zurückkehren zu können.

Die Schaffung von Wohnraum als weitere Herausforderung, ist dringender denn je. Die Nachfrage steigt unaufhörlich. Wir benötigen Wohnraum in allen Preissegmenten, zur Miete oder zu Eigentum, vorrangig aber auch aus unserer Sicht Mietwohnraum im sogenannten bezahlbaren Bereich, nicht nur für ältere Mitbürger sondern auch für Singles, junge Familien, insbesondere Familien mit Kindern.

Mit dem Bau der Wohnungen am Heyerdrick kann uns hier ein erster großer Schritt gelingen. Wir legen Wert auf einen sehr zügigen Baubeginn.

Wir begrüßen ausdrücklich die Vorhaben privater Investoren, zentrumsnah an mehreren Stellen weiteren Wohnraum zu schaffen. Wir bitten die Verwaltung einerseits, erforderliche Genehmigungen zeitnah und beschleunigt zu erteilen, andererseits aber auch alle kommunalen Möglichkeiten auszunutzen, auf die Mietpreisgestaltung Einfluss zu nehmen.

Wir begrüßen ebenso die Bereitstellung von Mitteln im Haushalt 2016 für die Planung, Erschließung und Schaffung weiterer Wohngebiete in allen Ortsteilen.

Wir legen Wert darauf, dass die Vermarktung des letzten Bauabschnitts an der Kreuzkapelle zeitnah erfolgt, die Planung des Baugebiets in St. Hubert an der Mühle wie auch der Einstieg in die Planung weiterer Baugebiete im Kempener Westen noch in diesem Jahr erfolgen.

Wir bedauern, dass nicht auch in Tönisberg bereits in diesem Jahr mit den Vorbereitungen zur Erweiterung des Wohngebietes Padenberg II begonnen werden kann.

Wir müssen allerdings realistisch zur Kenntnis nehmen, dass die personellen Kapazitäten im technischen Dezernat begrenzt und aufgrund ungeplanter, nicht aufschiebbarer Aufgaben insbesondere im Zusammenhang mit der Unterbringung der Flüchtlinge bereits überschritten und ausgereizt sind.

Dennoch bitten wir die Verwaltung ausdrücklich und mit Nachdruck, vorhandene Nischen zu nutzen, um auch in Tönisberg frühzeitig in die Planung des weiteren Bauabschnitts Padenberg II einsteigen zu können.

Neben dieser Belastung ist das technische Dezernat auch die zentrale Schaltstelle, wenn es um die Auflösung des Sanierungsstaus an öffentlichen Gebäuden geht.

Hier sind wir bei der dritten großen Herausforderung des laufenden Jahres.

Die CDU Fraktion legt großen Wert darauf, in diesem Jahr endlich erkennbar mit notwendigen Sanierungsarbeiten zu beginnen. Wir bedauern, dass die schon vor einem Jahr geforderten, notwendigen Sanierungen an den Schulen, die aus unserer Sicht höchste Priorität verdienen, nicht wirklich in Angriff genommen werden konnten. Die Gründe sind uns bekannt und nachvollziehbar.

Wir haben Respekt vor den von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im technischen Dezernat –aber auch in anderen Ämtern- erbrachten Leistungen.

Gleichwohl dürfen notwendige Sanierungsarbeiten nicht weiter aufgeschoben werden. Es ist zwar richtig, auf Nachhaltigkeit zu achten und zunächst Konzepte über den zukünftigen Schulstandort Kempen zu erarbeiten, dennoch sind wir der Auffassung, dass neben der konzeptionellen Vorarbeit auch erkennbare nicht von künftigen Nutzungen der Gebäude abhängige Sanierungsarbeiten unverzüglich in Angriff genommen werden.

Die Aufzählung der großen Herausforderungen könnte leicht um weitere Punkte erweitert werden. Mit Sicherheit gehört auch die Frage einer künftigen Nutzung der Kempener Burg dazu. Ziel aller Bemühungen muss sein, eine langfristige und nachhaltige Nutzung zu erreichen, und die Bürgerschaft Kempens bei allen Planungsschritten einzubeziehen.

Auch wenn der Kreis Eigentümer ist, bleibt es die „Kempener Burg“, mit der sich die Bürgerschaft identifiziert.

Neben den großen Herausforderungen sind es die vielen Selbstverständlichkeiten, die vertrauten Standards, an denen wir durch die im Übrigen fortgeschriebenen Haushaltsansätze auch in diesem Jahr festhalten dürfen.

So weit, so gut.

Der Haushalt enthält aber unverkennbar auch eine andere Botschaft, die uns Sorgen bereitet: Von einem strukturellen Haushaltsausgleich sind wir weiter entfernt denn je.

Während der Haushaltsentwurf bei seiner Einbringung im Dezember 2015 noch von einer diesjährigen Unterdeckung von voraussichtlich ca. 3,5 Millionen EUR ausging, weist die aktuelle Fassung eine Unterdeckung von sage und schreibe fast 6 Millionen EUR aus. Auch der Finanzplanungszeitraum bis 2019 geht von jährlichen Fehlbeträgen aus mit der Folge, dass nicht nur der vollständige Verzehr der Ausgleichsrücklage zu erwarten ist sondern auch die allgemeine Rücklage erstmals angeknabbert wird. Ein Novum in Kempen!

Ein „Weiter so“ wird es deshalb mit uns nicht geben und darf es auch in der Verantwortung nachfolgender Generationen gegenüber nicht geben. Kein Durchatmen, auch keine Verschnaufpause ist erlaubt.

Dabei ist uns in den Beratungen einmal mehr deutlich geworden, dass die kommunalen Handlungsmöglichkeiten außerordentlich begrenzt sind und kommunale Haushalte immer weniger planbar werden. Wir werden getrieben von nicht beeinflussbaren wirtschaftlichen Entwicklungen und rasant zunehmenden Aufgaben.

Nicht nur in Flüchtlingsangelegenheiten wissen wir heute abend nicht, was uns morgen erwartet, geschweige denn, was wir übermorgen finanzieren müssen.

Die mangelnde Planbarkeit eines Haushaltsjahres wird sehr deutlich an der uns vorliegenden Veränderungsliste. In nur 2 Monaten hat der Haushalt an 43 Positionen kurzfristige Veränderungen erfahren, von denen lediglich einige wenige Positionen politisch gewollt waren und in unseren Ermessensspielraum fallen. Die meisten Positionen beruhen auf veränderte Rahmenbedingungen, die nicht wirklich steuerbar sind. Kein Kleinkram, keine vernachlässigbaren „Peanuts“, sondern Veränderungen, die in der Summe innerhalb von 2 Monaten zu einer Verschlechterung des Ergebnishaushalts um sage und schreibe ca. 2,5 Mio EUR führten.

Im Wesentlichen sind die Verschlechterungen auf Veränderungen in der kaum planbaren Gewerbesteuer sowie auf die Entwicklung der Personalkosten zurückzuführen.

Wenn Bund und Land nicht die Gemeindefinanzierung komplett auf neue Füße stellen, nicht endlich aufhören, immer neue Aufgaben zuzuweisen und gleichzeitig in die ohnehin leeren Kassen greifen, wird die Perspektivlosigkeit unaufhaltsam zunehmen. Wir sind immer mehr verdammt, zu reagieren anstatt zu agieren.

Es muss aufhören, sich in einem Hamsterrad zu fühlen, in dem man sich nicht nur ziellos abstrampelt, sondern sich das Rad nicht nur aus eigener Kraft, sondern zusätzlich nochmals von außen gesteuert immer weiter und immer schneller dreht.

Wir müssen wachsam sein, dass Gewöhnung an Überschuldung nicht in Resignation mündet.

Zu einer nachhaltigen Konsolidierung unseres Haushalts gibt es daher keine wirkliche Alternative. Wir stellen uns unserer Verantwortung und sind bereit, einen Konsolidierungsprozess nicht nur zu unterstützen, sondern konstruktiv hieran mitzuwirken.

Wir würden es begrüßen, wenn sich auch die übrigen Fraktionen dieses Rates dem anschließen könnten. Lassen Sie uns diesen Prozess gemeinsam zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger und in der Verantwortung nachfolgender Generationen gegenüber begleiten!

Das ist keine „Hinterzimmer-Politik“! Ordnungsgemäßes, wirtschaftliches Handeln unter Achtung des Gemeinwohls hat nichts mit Ideologien zu tun, sondern sollte selbstverständliche Pflicht eines jeden Bürgervertreters in diesem Rat sein.

Im zusammenfassenden Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt werden an verschiedenen Stellen Einsparpotenziale aufgeführt. Wir sehen die Anregungen der GPA - zumindest aus heutiger Sicht – kritisch und kaum für umsetzbar. Dennoch ist uns bewusst, dass wir keine Fragestellung ausklammern dürfen. Wir werden in der Tat Antworten nicht nur auf das „wie“, sondern auch auf das „ob“ finden müssen.

Konsolidierung heißt nicht zwangsläufig „Sparen“, muss nicht zwangsläufig in Steuererhöhungen münden, die Suche nach haushaltswirksamen Veränderungen wird aus unserer Sicht im Vordergrund stehen.

Wie bereits in den letzten beiden Jahren angekündigt, werden wir einer Organisationsuntersuchung aufgrund der nunmehr vorliegenden Hinweise im GPA-Bericht zustimmen. Der Mittelansatz von 100.000.-- € in der Änderungsliste für eine externe Begutachtung findet daher unsere Zustimmung.

Die CDU-Fraktion sieht von der Stellung eigener, haushaltswirksamer Anträge ab, da uns bewusst ist, dass es schon schwierig genug werden wird, die Aufgaben des laufenden Jahres neben den Dingen, die noch aus den vergangenen Jahren abzuarbeiten sind, allein schon personell zu stemmen.

Wir erinnern an dieser Stelle nur an einen vor einigen Jahren gestellten Antrag, eine zentrale Anlaufstelle für Touristen zu schaffen. Der Antrag wurde seinerzeit mit Blick auf die Veränderungen im Museum zurückgestellt.

Nach Fertigstellung des Zugangs zu unserem Museum ist aus unserer Sicht jetzt aber die Zeit da, die Touristeninformation einzurichten und in Betrieb zu nehmen.

Dazu bedarf es aus unserer Sicht keiner zusätzlichen Mittel, auch nicht für die Beschilderung am Museum und die stadtweite Ausschilderung zur Touristeninformation.

Der Haushalt 2016 schafft die Voraussetzungen, den Standard zu wahren, sich den Herausforderungen zu stellen, fordert aber gleichzeitig zur Konsolidierung auf.

Er ist also deutlich mehr als reine Fortschreibung, auch ohne Vision eines zweiten Rathauses.

Aber auch dieser Gedanke hat angesichts des katastrophalen energetischen Zustandes des Rathauses und der anstehenden Sanierungen in den Nebenstellen seine Berechtigung.

Die CDU-Fraktion unterstützt diesen Gedanken nachdrücklich. Wir stellen aber klar, dass es nicht um ein neues Rathaus geht, sondern um eine neue Nebenstelle der Verwaltung, die alle derzeit bestehenden Nebenstellen aufnehmen kann.

Wir versprechen uns von einer zentralen Nebenstelle nicht nur eine nachhaltige Kosteneinsparung, sondern auch Synergieeffekte und eine bessere Effizienz in den Arbeitsabläufen und der Organisation der Verwaltung.

Um einen Schritt weiter zu kommen, bitten wir die Verwaltung, Möglichkeiten zur Realisierung auszuloten und eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzunehmen.

Wir sehen noch einen sehr positiven Nebeneffekt:

Mit einer Veräußerung der heutigen Nebenstellen könnte der Weg frei gemacht werden für weiteren Wohnraum in Kempfen und in St. Hubert, in jeweils sehr zentraler Lage.

So kann aus einem Gedanken, der aus einer Beiläufigkeit in die Schlagzeilen geriet, doch vielleicht schon bald sehr viel mehr werden als nur eine Vision.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt in der vorliegenden Fassung nebst Anlagen uneingeschränkt zu.

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei für die Aufstellung des Haushalts. Wir wünschen unserem neuen Kämmerer einen guten Start und freuen uns auf konstruktive Gespräche.

Wilfried Bogedain

CDU-Fraktionsvorsitzender